Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Wagner, Hans: Die deutsche Weltpolitik. 1

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Visual Library



Die deutsche Weltpolitik

Von Hans Wagner (Charlottenburg)

1

Die deutsche Kolonialpolitik ist zwar unter der Hand des Fürsten Bismarck in die Wege geleitet worden, aber der erste Reichskanzler ist selbst immer ein grundsätzlicher Gegner der Expansionspolitik gewesen. Er hatte für seine Anschauung Gründe, die für die ersten Jahre des jungen Reichs auch stichhaltig waren. Das deutsche Reichshaus von 1871 war ein Notbau, auf die dürftigsten Formen deutschen Lebens eingerichtet, niemand wußte, wie lange es sich gegen die Stürme der Zeit würde halten können, die von innen und von außen drohten. Da war es ein Gebot der Klugheit, lieber erst ganz bescheiden anzufangen und alle die vielen Winkel und Unbequemlichkeiten mit in den Kauf zu nehmen, die das neue Heim des deutschen Volks bot, als von vornherein gleich einen weitschichtigen prächtigen Palast zu errichten, worin der deutsche Michel, dessen am meisten hervorstechende Charakterzüge damals nach den Eindrücken seiner Kinderstube Ängstlichkeit und Bescheidenheit waren, sich doch recht unbehaglich gefühlt hätte. Stück für Stück wurde der alte Hausrat, den der vielköpfige Sinn des deutschen Volks aus seinen partikularistischen Hütten mit in den Einheitsbau schleppte, durch ein stilvolleres Meublement ersetzt. Von Erfolg konnte diese innere Thätigkeit nur sein, wenn jede Störung von außen fernblieb. Es mußte die Aufgabe der auswärtigen Politik sein, die Zahl der Reibungsflächen mit den Nachbarn möglichst zu verringern. Gefahr drohte andauernd drüben hinter den Vogesen infolge der Unsicherheit der französischen Zustände. Diese Gefahr abzuwenden war die höchste Aufgabe der Politik des ersten Reichskanzlers. Es ist ihm das gelungen, indem er das bis dahin von den Kabinetten beliebte Verfahren der Einmischung durch das einer vorsichtigen Zurückhaltung und Neutralität nach allen Seiten hin und nach dem Grundsatz „niemand zu

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

liebe, niemand zu leide" ersetzte. Dieser „Politik des ehrlichen Maklers" gab Bismarck den kräftigen Rückhalt durch ein starkes Landheer und durch die Verbindung mit Österreich und Italien. Diese Politik war einfach und durchsichtig, sie blieb so lange auch verhältnismäßig leicht durchzuführen, als sich Deutschland zu den „saturierten" Staaten und als bloße Kontinentalmacht bekannte. Es konnte auch niemals mit andern Staaten in bedrohlichen Widerstreit geraten, weil es seine Grenzpfähle nicht mit seinen Wünschen überschritt. Ihm fiel ganz von selbst die Rolle des Züngleins an der Wage zu, weil niemand an der Ehrlichkeit des uninteressierten Maklers zweifeln durfte. Diese Rolle mußte aber aufhören, sobald der Makler eigne Interessen auf den Markt brachte, die mit denen seiner Klienten im Widerspruch waren. Bismarcks Politik unbedingter Neutralität war solange durchführbar, als Deutschland keine Sonderinteressen in der Welt suchte, als es nicht außerhalb Europas mit Okkupationsgelüsten hervortrat und darum auch zu den nachbarlichen Pflichten und Rücksichten, die der Kontinent gebot, nicht noch solche gegen die Seemächte fügte. Diese Politik wurde schwierig, sobald Deutschland von der Erhaltung und Kräftigung seines kontinentalen Besitzes zu der Mehrung an überseeischem Besitz überging. Mit der Selbstsucht im Herzen ließ sich die Miene uninteressierter Harmlosigkeit nicht mehr halten, niemand hätte ihr mehr geglaubt.

Vierzehn Jahre lang hat Bismarck darum seine „Politik des ehrlichen Maklers" konsequent durchgeführt, er hat sie nicht durch die Erwerbung überseeischer Interessen beschwert und erschwert. Alles, was an kolonialpolitischen Wünschen bis zum Jahre 1884 an ihn herantrat, hat er zurückgewiesen. Schon bei den Friedensverhandlungen mit Frankreich dachte man daran, französische Kolonien an Zahlungsstatt zu nehmen; aber der Gedanke wurde aufgegeben. Anstatt eine deutsche Kolonialpolitik auf Kosten Frankreichs einzuleiten, suchte Bismarck vielmehr Frankreichs Minister zu einer forcierten Kolonialpolitik zu bewegen, um so die französische Unruhe von Deutschland abzulenken. Im Jahre 1874 suchte der Sultan von Sansibar die deutsche Schutzherrschaft nach, wurde aber von Bismarck abgewiesen. Die Bitte E. von Webers, die Delagoabai von Portugal anzukaufen, lehnte er ebenso ab, wie den Wunsch des bekannten Kaufmanns Lüderitz, in der St. Luciabai die deutsche Flagge zu hissen. Als im Jahre vorher (1875) der Präsident Burgers von Transvaal den Anschluß an Deutschland erstrebt hatte, war er abgewiesen worden. Damals hatte England noch wenig Interesse an Afrika, es wäre ein deutsches Südafrika mit leichter Mühe zu schaffen gewesen. Nun ist die Versäumnis auch bei der größten Staatskunst kaum wieder gut zu machen, die Stellung Deutschlands in Südafrika kann unwiederbringlich verloren sein. Im Jahre 1874 nahm England die Fidschiinseln in Beschlag und erklärte die wohlverbrieften Rechte deutscher Kaufleute dort einfach für ungiltig. Bismarck hat zehn Jahre gebraucht, um die Erledigung dieser Angelegenheit durchzusetzen — ein Gegenstück zur Angelegenheit der Gebrüder Dehnhardt in Witu. Man sieht, daß auch Bismarck nicht mit dem Kopf durch die Wand konnte, wie es unsre

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Chauvinisten von den heutigen Staatsmännern verlangen. Auch die Erwerbung des Suluarchipels und Nordost-Borneos hat Bismarck trotz günstiger Gelegenheit abgelehnt. Die deutschen Wünsche auf Samoa hat er lange zurückgewiesen. Als er sich im Jahre 1880 ihrer annahm und die Samoavorlage vor den Reichstag brachte, endete diese Aktion für den Reichskanzler unglücklich — aus erklärlichen Gründen. Es war ihm gar nicht ernstlich um die Durchsetzung der Vorlage zu thun, sonst wäre er nicht selbst der Sitzung fern geblieben, sonst hätte er nicht dem Präsidenten der Union ein Glückwunschtelegramm zu der amerikanischen Aktion auf Samoa gesandt. Bei der staatsmännischen Energie Bismarcks würde es ihm nicht schwer gefallen sein, damals schon den Grundstock zur deutschen Kolonialpolitik zu legen, aber er wollte nicht, und dem freisinnigen Redner Bamberger ist Bismarck damals gewiß innerlich dankbar gewesen, weil er seine Politik vor der kolonialen Beschwerung bewahrt hat.

Das Jahr 1884 brachte scheinbar den Wandel in Bismarcks kolonialpolitischen Anschauungen; scheinbar, denn die Art, wie Bismarck Kolonialpolitik trieb, läßt erkennen, daß er mit großer Unlust an sie herangetreten ist. Was Bismarck ernstlich in Angriff nahm, das ist ihm auch jedesmal gelungen, er wußte seinem Willen immer Gestalt zu geben. Die Kolonialpolitik zu Bismarcks Zeiten hat aber ein so mattes Gepräge, daß man sich der Ansicht nicht entschlagen kann, er habe den ersten Schritt auf dem Wege zur Kolonialpolitik selbst für einen faux pas angesehen und nur aus Rücksicht auf den Eindruck, den ein Rückzug machen mußte, die Sache ihren Lauf gehn lassen. Die Kolonialpolitik mußte ihm seine kontinentalpolitischen Kreise verwirren, indem es ihn — wie das auch mehrfach geschehn ist — in Konflikte mit England bringen konnte. Aus diesem Grunde hat er eine kräftige Kolonialpolitik abgelehnt, nicht weil ihm eine starke Flotte fehlte. Die ließ sich schaffen. Bismarck befürchtete ständig politische Verwicklungen aus der Weltpolitik; das hat er noch nach seinem Rücktritt bei der erneuten Aufrollung der Orientfrage und bei der Erwerbung Kiautschous in unzweideutiger Weise kundgethan, und diese politischen Befürchtungen drängten bei ihm die zu Tage liegenden wirtschaftlichen Gründe für die Notwendigkeit einer deutschen Weltpolitik gänzlich in den Hintergrund. Als sich Bismarck im Gegensatz zu der bis dahin von ihm befolgten und bewährten Politik dazu entschloß, die Erwerbungen deutscher Kaufleute unter den Schutz des Reichs zu nehmen, beging er von seinem Standpunkt aus eine Inkonsequenz, deren ganze Tragweite er erst später empfinden sollte. Die Folgen des denkwürdigen Telegramms, das er am 24. April 1884 an den deutschen Konsul in Kapstadt sandte, wodurch das Lüderitzsche Südwestafrika in den Schutz des Reichs genommen wurde, hat er nicht auf sich genommen. Es bedeutete in der That den ersten Schritt auf dem Wege der Weltpolitik mit allen ihren Konsequenzen. Dem ersten Schritt mußten schnell die notwendigen andern folgen, sollte in Wahrheit Kolonialpolitik getrieben werden. Die aber sind nicht gethan worden. Bismarck hat damals wohl lediglich aus gutmütiger Nachgiebigkeit gegen die lebhaften Wünsche der kolo-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

nialen Kreise oder aus Gefälligkeit gegen einige interessierte kaufmännische Kreise die Flaggenhissungen gut geheißen. Eine energische Kolonialpolitik, die seine Festlandspolitik in eine Weltpolitik umwandeln mußte und damit seine alte Politik ins Wanken gebracht hätte, lag nicht in seiner Absicht. Deutsche kaufmännische Unternehmungen wollte er begünstigen, das Reich sollte ihnen nichts bieten als den Hinterhalt seines Ansehens. Alle Gefahren und Kosten sollten die Kaufleute selbst tragen. Als Bismarck die Worte, die damals allgemein bejubelt wurden, aber die Ursache unsrer heutigen Kolonialmisere sind, sprach: „Die Flagge folgt dem Handel," beabsichtigte er mit diesem Kernwort wohl nur eine energische Kolonialpolitik von sich abzuwehren, nicht, sie zu beginnen. Denn es konnte ihm bei seinem staatsmännischen Scharfblick und seinen bekannten geschichtlichen Kenntnissen unmöglich entgangen sein, daß überall, wo Kolonialpolitik im großen Stil getrieben wurde, von den Zeiten des Kolumbus bis auf die Gegenwart die Flagge dem Handel vorangegangen ist. Und er mußte sich auch sagen, daß, sowie Deutschland auf dem Meere erschien, überall die Flaggen dem Handel vorangetragen werden würden mit einer Schnelligkeit, die Deutschland nur durch eine erhöhte Fixigkeit ausgleichen konnte. Dazu gehörte aber, daß das Reich seine ganzen Machtmittel in den Dienst der neuen kolonialen Idee stellte, um ihr einen massiven Hintergrund zu schaffen. Das aber hat Bismarck nicht gethan; im Gegenteil, seine überseeische — im Gegensatz zu seiner innern und kontinentalen — Politik zeigt eine Lauheit und Schwäche, die an einer Bismarckschen Schöpfung direkt frappiert, und die sich nur aus Bismarcks eigner Abneigung gegen seine Schöpfung und der sich daraus ergebenden Nachsicht gegen seine Mitarbeiter auf diesem Gebiete erklären läßt. Es fällt an der Kolonialpolitik Bismarcks besonders seine Schwäche gegen England auf, die man wohl z. B. auf die Unfähigkeit seines Vertreters in London, des Grafen Herbert Bismarck, wird zurückführen können. Gesteinigt würde heute der deutsche Staatsmann werden, der folgende Akte gutgeheißen hätte:

Der Bremer Kaufmann Lüderitz hatte mit sicherm Blick den wirtschaftlichen Wert Südafrikas erkannt und in der Bai von St. Lucia im Sululande Besitztitel erworben. Nun suchten sich auch Buren, die ins Sululand gedrungen waren und hier die „Neue Republik" gegründet hatten, diesen Exporthafen zu sichern. Wenn zwei sich streiten, freut sich der dritte — England einigte sich 1885 mit Bismarck, der die deutschen Ansprüche fallen ließ. Das Sululand wurde dann 1887 zur britischen Kronkolonie gemacht, in Transvaal aber herrschte eine böse Mißstimmung gegen die Deutschen. Bismarck hat jedenfalls in der St. Luciabai ein überaus wertvolles Besitztum fallen lassen. England aber hatte damit die Zernierung der Burenstaaten im Süden abgeschlossen. Welchen Wert hätte heute die Luciabai für uns! Die Erwerbung von Deutsch-Südwestafrika im August 1884 vermochte England trotz lebhaftester Proteste nicht zu verhindern. Aber es hat durch einen Gegenschachzug die Entwicklung der deutschen Kolonie fast unterbunden, indem es die Ausbreitung

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

nach Osten und die Verbindung mit den Burenrepubliken lähmte. Es annektierte das Betschuanaland, d. h. nach der amtlichen Mitteilung in der St. James Gazette vom 30. Januar 1885 die Teile Südafrikas, die im Osten von der Südafrikanischen Republik, im Süden von der Kapkolonie, im Westen vom zwanzigsten Meridian östlicher Länge v. Gr. und im Norden vom zweiundzwanzigsten Grad südlicher Breite begrenzt sind und „nicht unter der Jurisdiktion irgend einer zivilisierten Macht stehn." Diesem neuen britischen Staatsgrundsatz — nämlich daß alles „herrenlose" Land ohne weiteres durch einen Federstrich des britischen Kolonialministers zur englischen Kronkolonie gemacht werden könne, ob ein Engländer je das betreffende Gebiet betreten hat oder nicht — ist von Bismarck erst auf der Kongokonferenz ein papierner Protest entgegengesetzt, durch Thaten aber ist nichts geschehen, um der deutschen Kolonie in Südwestafrika das Hinterland zu sichern. Man sah in aller Seelenruhe zu, wie England einen Keil zwischen Deutsch-Südwestafrika und die Burenstaaten schob, und verzichtete ohne Gemütsbewegung auf die Idee einer deutsch-holländischen Barriere, die heute von so unendlichem Werte sein würde. Rhodes aber konnte seinen Siegeslauf von Kapstadt nach dem Nyassa antreten.

Die engen Grenzen, in die unsre Kolonien jetzt eingezwängt sind, sind die Folgen der schweren Unterlassungssünde Bismarckischer Kolonialpolitik, daß nicht sofort nach der ersten Flaggenhissung nach allen Richtungen Expeditionen gesandt wurden, die die Grenzen möglichst weit hinausschoben und das Hinterland sicherten, wie das vom Kongostaat, Frankreich und England mit so großem Erfolge geschehn ist. Diese extensive Kolonialpolitik ist in der Zeit Bismarcks ebenso versäumt worden wie unter Caprivi, und jetzt ist es zu spät. In dieser Hinsicht ist auch besonders in Ostafrika gefehlt worden. Als 1885 eine deutsche Flotte vor Sansibar erschien, um vor dem Palast des Sultans Said Bargasch zu demonstrieren, erwartete alle Welt, daß Sansibar einfach von Deutschland annektiert werden würde. Anstatt dessen erkannte Bismarck auf Verlangen Englands die Unabhängigkeit des Sultans an. Durch jene Flottendemonstration war der Sultan in die Arme Englands, das die Vermittlerrolle gespielt hatte, getrieben und damit ein Zustand geschaffen worden, den Graf Caprivi später nur noch formell anzuerkennen hatte. Bismarck hat 1886 thatsächlich, Caprivi 1890 formell auf Sansibar verzichtet.

Es ist der große Fehler der Bismarckischen Kolonialpolitik, daß die Machtmittel des Staats immer erst dann bereit gestellt wurden, wenn es zu spät war. Bismarck wollte das Deutsche Reich nicht zur Kolonialmacht werden lassen, er verzichtete deshalb auf eine energische Betonung deutscher Ansprüche — wenn es sich nicht direkt um Fragen des Prestiges handelte, wie 1885 in Neuguinea — und glaubte zwischen seiner Politik und den Wünschen deutscher kolonialpolitischer Kreise einen Ausweg in der Form gefunden zu haben, die er am 26. Juni 1884 im Reichstag darlegte. „Unsre Absicht ist nicht, Provinzen zu gründen, sondern kaufmännische Unternehmungen — aber in der höchsten Entwicklung, auch solche, die sich eine Souveränität — eine schließlich

dem Deutschen Reiche lehnbar bleibende, unter seiner Protektion stehende kaufmännische Souveränität erwerben — zu schützen in ihrer freien Entwicklung sowohl gegen die Angriffe aus der unmittelbaren Nachbarschaft, als auch gegen Bedrückung und Schädigung von seiten andrer europäischer Mächte." In denselben Anschauungen bewegt sich auch die Instruktion vom 19. März 1884 an Dr. Nachtigal, den Generalkonsul von Tunis. Es sollte nur eine kommissarische Vertretung im Kamerungebiet geschaffen werden, nicht etwa eine größere Verwaltung „oder gar eine Garnison." Also nur kaufmännische souveräne Unternehmungen wollte Bismarck schützen, nicht koloniale Annexionspolitik treiben, wie Frankreich und England. Zwischen den Zeilen seines Satzes steht die Unlust an Kolonien! Mit diesem anachronistischen Vertrauen in kaufmännische Kolonisation hat Bismarck nun leider die traurigsten Erfahrungen gemacht, und die diplomatischen Schwierigkeiten stellten sich sehr bald in Hülle und Fülle ein. Herbert Bismarck scheint nicht die Fähigkeit gehabt zu haben, kolonialpolitische Dinge zu erfassen, obwohl er Studien in London sehr wohl hätte machen können.

Wenn man meint, daß Bismarck der Kolonialpolitik nur deshalb abhold gewesen sei, weil ihm das Machtmittel einer starken Flotte nicht zu Gebote gestanden habe, so sei darauf hingewiesen, daß zum Flaggenhissen eine starke Flotte nicht notwendig ist, da es sich ja gar nicht darum handelte, Kulturstaaten niederzuwerfen. Und Bismarck selbst hat seine Ansicht oft genug dahin betont, daß die Geschicke der Welt auf dem Festlande entschieden würden, durch das Schwert oder durch diplomatische Regulierung des Züngleins an der Wage. Für ihn kam also die Schwäche unsrer Seewehr nicht in Betracht. Die Kolonialpolitik hätte entweder mit aller Kraft oder gar nicht in Angriff genommen werden sollen, um der Nachwelt ein krüppelhaftes Erbe zu ersparen. Bismarck hat leider einen Mittelweg gewählt, um seine Ansicht mit den Wünschen der Kolonialfreunde zu vergleichen: er übernahm zwar den Schutz deutschkolonialer Unternehmungen, weigerte sich aber, die vollen Machtmittel des Reichs für diese Kolonialpolitik anzuwenden, er wollte sie durch kaufmännische „Souveränität" ersetzen.

Diese harmlose kolonialpolitische Auffassung erhielt den ersten empfindlichen Stoß am Dubrekafluß zwischen Senegal und Gambia. Als ein deutscher Kommissar dort auf den Besitzungen des Kaufmanns Colin aus Stuttgart die Flagge hissen wollte, machten Engländer und Franzosen Schwierigkeiten, die nur unter dem Hochdruck der deutschen Politik hätten beseitigt werden können. Dem kolonialpolitischen Konflikt ging Bismarck aus dem Wege. Auf den Colinschen Besitz wurde später stillschweigend verzichtet. Das hätte Caprivi oder Bülow thun sollen! Auch in Togo ging es nicht, daß der Handel der Flagge voranging, auch dort mußte der Reichskanzler sehr bald die Machtmittel des Reichs zur Verfügung stellen. In Togo ebenso wenig wie in Kamerun dachten die Kaufleute daran, die Sorgen der Verwaltung auf sich zu nehmen. Entgegen seinem ursprünglichen Programm mußte er in beiden

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Kolonien sehr bald einen Regierungsapparat schaffen und unter diplomatischem Hochdruck arbeiten.

In Südwestafrika schien sich das Bismarcksche Programm durchführen zu lassen. Dort übernahm die kaufmännische Firma Lüderitz die Verwaltung des Landes — erwies sich aber sehr bald als unfähig dazu. Ihr folgte die „Deutsche Kolonialgesellschaft für Südwestafrika" im Hoheitstitel, verbrauchte aber sehr schnell ihre Mittel und erhielt, daß sie sich über Wasser halten könnte, von Bismarck das Land zur freien Verfügung. Die Mißwirtschaft dieser Gesellschaft hat sehr eindringliche Spuren hinterlassen, aber der erste Reichskanzler hat den Klagen der dortigen Siedler und Händler kein Gehör geschenkt. Erst recht spät ist diesen Zuständen ein Ende gemacht worden, indem auch hier das Reich die Verwaltung übernahm. Die private Verwaltungsthätigkeit der Ostafrikanischen Gesellschaft scheiterte an den politischen Verhältnissen. Der Araberaufstand zwang auch in Ostafrika das Reich sehr bald zum Eingreifen, und heute ist — bis auf einige Monopole, die die Ostafrikanische Gesellschaft noch hat — Deutschostafrika Staatskolonie. Auch hier erforderte der Grundsatz „die Flagge folgt dem Handel" große Opfer. Am längsten hat sich das Bismarckische Programm, kaufmännische Kolonien mit souveräner Verwaltung nur zu schützen, in Neuguinea gehalten. Erst im vergangnen Jahre ist das Gebiet der Neuguinea-Kompagnie in die Verwaltung des Reichs übernommen worden.

Es ist eine unerfreuliche Arbeit, an dem Wirken des gewaltigen Staatsmanns eine schwache Seite hervorheben zu müssen, aber sie ist gerade jetzt notwendig, weil eine bestimmte Richtung der deutschen Publizistik aus eigennützigen politischen Motiven heraus gerade mit Bismarcks überseeischer Thätigkeit Mißbrauch treibt und mit seiner Autorität, die in kolonialer Hinsicht nichts weniger als Autorität ist, krebsen geht, um den lebenden Staatsmännern Steine in den Weg zu werfen. Es pflegt immer so zu sein, daß das Charakterbild von Männern, die ihrer Zeit das Gepräge gaben, nach ihrem Tode von der Parteien Haß oder Gunst verzerrt wird. Auch Bismarck muß das erfahren: die einen versuchen ihn von seinem Piedestal, d. i. die Schaffung des Deutschen Reichs, herabzuziehn und ihm aus Parteiinteresse sein unsterbliches Verdienst zu schmälern, die andern bemühen sich, ihm die menschliche Gestalt zu nehmen und ihn zu einem göttlichen Heroen zu stempeln: jene handeln kleinlich und undankbar, diese sind unwahr und schädlich. Der Heroenkultus mit Bismarcks Person ist gerade jetzt sehr in Blüte, er drückt auf das dem deutschen Volke so notwendige Selbstbewußtsein und hindert durch Vorspieglung von falschen Bildern vor der Volksseele die Arbeit der Staatsmänner. Nur niedergedrückte Völker bedürfen der Heroen, an deren idealisierten Bildern sie sich aufrichten können. Preußen nach 1807 fand sie in deutscher Vorzeit, und Frankreich jagt ihnen heute noch nach. Das deutsche Volk von heute aber steigt empor, es bedarf nicht idealisierter Heroen, sondern klarer Augen, die die nackte Wirklichkeit schauen können. Es muß Kritik üben auch an seinen größten Männern,

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

damit die Autorität nicht das frische Leben ertöte, und die Manen nicht das zerstören, was der Lebende Großes schuf. An einem Jena hat das deutsche Volk genug. Darum ist es gerade jetzt nötig, den Druck Bismarckischer Autorität von dort zurückzuweisen, wo sie kein Recht hat, von der Weltpolitik. Auch Bismarck hat Mißerfolge gehabt und besonders in seiner letzten Zeit, als die Zwecke einer neuen Zeit eine Änderung seines Systems verlangten, die der alternde Kanzler nicht mehr machen wollte, seines Systems, denn seine Methode ließ sich nicht ändern, da sie aus seinem Charakter entsprang.

Neue Zeiten, neue Ziele, neue Wege. Man verlangt, unsre Staatsmänner sollten Bismarckische Politik treiben: das ist ein Unsinn, es wäre im System ein Anachronismus, in der Methode eine Fälschung: wie wenn man von Bismarck verlangt hätte, er solle Napoleonische Politik oder die Metternichs nachahmen, die doch für ihre Zeiten ebenso große Autoritäten mit ebenso großen Erfolgen waren, wie Bismarck für seine Zeit. In der Politik wie im Leben und in der Wissenschaft dürfen Autoritäten nicht über das Grab hinaus herrschen: Menschen altern, die Welt bleibt ewig jung, und die neuen Zeiten sind die erbittertsten Feinde der alten Autoritäten. Wer Schüler eines großen Mannes sein will, kann nicht sein pedantischer Nachbeter sein, er muß des Meisters Kunst erfassen, aber dem eignen Charakter und Können gemäß und entsprechend den Erfahrungen der Zeit aus- und umgestalten. Was unvergänglich ist, muß unvergänglich bleiben: das ist von Bismarcks Politik die Verwendung des gesunden Menschenverstands, die Realpolitik, was vergänglich war, darf nicht künstlich am Leben erhalten werden der Autorität zuliebe: das ist in Bismarcks Politik seine Beschränkung auf den Kontinent und seine individuelle Methode; über jene ist die Weltgeschichte, über diese der Tod zur Tagesordnung übergegangen. Die Aufrechterhaltung der Bismarckischen Kontinentalpolitik mit der ihr angepaßten innern Politik hätte eine Erstarrung des Deutschen Reichs zur Folge, dem ein neues Jena nicht erspart geblieben wäre; die Nachahmung Bismarckischer Methode würde ein großes Fiasko erleben, und wenn sich der heutige Staatsmann bei entsprechenden Vorkommnissen den Rock ausziehn oder ein diplomatisches Memorandum zerreißen würde, würde er ausgelacht werden, ebenso wie Bismarck ausgelacht worden wäre, wenn er wie Napoleon I. mit Vasen um sich geworfen hätte. Die Methode muß individuell sein, der eine wirkt durch Säbelgerassel, der andre durch Schweigen, dieser durch Grobheit, jener durch Feinheit, nur muß die Methode echt sein und klug auf den Augenblick berechnet.

Wenn ein Staatsmann von einem andern abgelöst wird, dessen Individualität von der des Vorgängers ganz verschieden ist, so ist eine schiefe Beurteilung des neuen Mannes ganz erklärlich. Der Mensch gewöhnt sich leicht an allerlei Dinge, auch an Personen, und man mißt auch solche alten Bekannten ungern, mit denen man sich ständig gezankt hat. Das ist menschlich, man sieht es im täglichen Leben, und man findet es in der Öffentlichkeit. Es ist die Bangigkeit, sich in neue Verhältnisse fügen zu müssen, die der Menschen Liebe

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

den alten Bekannten gerade dann zuwendet, wenn sie nicht mehr leben. Das Unbehagen, das selbst solche Kreise nach dem Rücktritt Bismarcks erfaßte, auf denen seine eiserne Faust geruht hatte, ist ebenso erklärlich, wie das Mißtrauen, das die Regierungshandlungen des jungen Kaisers und die Kundgebungen seiner Persönlichkeit empfing. Es waren zwei grundverschiedne Charaktere, die nacheinander die Geschicke des deutschen Volks in die Hand nahmen, und der Verschiedenheit der Charaktere entspricht der Unterschied ihrer staatsmännischen Methode. Bismarck verlangte, bevor er große staatsmännische Unternehmungen in Angriff nahm, wie er selbst (1876) sagte, „eine tiefgehende Bewegung der Nation." Er ließ die neuen Gedanken an sich herankommen, um ihnen praktische Gestalt zu geben. Er war Organisator, kein Erfinder. Und wenn Bismarck nicht eine öffentliche, sondern eine private Kraftentfaltung gesucht hätte, dann hätte er wohl nie ein Patent erhalten, aber wohl ein solches praktisch, mit großem Erfolge verwertet. Insofern ergänzte Bismarck seine Zeitgenossen, die zwar große Ideen schufen, aber sie nicht auszuführen vermochten. Nur ein Staatsmann, der vorsichtig und ruhig verarbeitet, was schon lange vorbereitet war, konnte das zarte Gebilde des jungen Reichs vor Schädigung bewahren. Aber was auf der einen Seite eine Notwendigkeit war, mußte dann versagen, wenn es sich darum handelte, neue, mit einer gewissen Plötzlichkeit auftauchende Ideen schnell zur Verwirklichung zu bringen. Das war bei der Kolonialpolitik der Fall, die in wenigen Jahren die ganze Welt ergriff, in Deutschland aber nur von weit vorausschauenden Köpfen theoretisch erkannt wurde. Bismarck sah die „tiefgehende Bewegung der Nation" nicht, hier sie zu erregen, lag seinem Charakter fern — und so gerieten wir in der Welt ins Hintertreffen. Da war es ein Glück für Deutschland, daß dem Staatsmann der Exekutive der Staatsmann der Initiative, Kaiser Wilhelm II. folgte. Nur so konnte erreicht werden, daß das deutsche Volk sich nicht in seinen engen Grenzen einmummte, sondern wach blieb, sich seinen Platz in der Sonne zu sichern. Nach Zeiten großer Anstrengung und Thätigkeit pflegt nicht nur im privaten, sondern auch im staatlichen Leben eine gewisse Ermüdung, eine Sehnsucht nach Ruhe einzutreten. Aber eine solche Ruhe kann schädlich, kann zur Erschlaffung werden. Es ist gut, wenn sie rechtzeitig gestört, wenn rechtzeitig zu neuer Arbeit geweckt wird. Der feurige Geist Kaiser Wilhelms II. rief ihn ganz von selbst auf die Turmwacht Deutschlands, und bald gingen nach allen Richtungen die kaiserlichen Weckrufe: in der Agrarpolitik, in der Sozialpolitik, in der Kunst und zuletzt und am begeistertsten und andauerndsten in der Kolonialpolitik. Mancher war wohl unwirsch, wenn der kaiserliche Anruf besonders gegen ihn erklang. Manchem erschienen die Weckrufe zu scharf und zu häufig. Aber wie sollte das anders sein! Es hat noch immer Leute gegeben, die von ihrem Großvaterstuhl nicht lassen wollen, und andre, die schwache Nerven haben. Wo aber bleiben sie gegenüber der offenbaren Thatsache, daß jetzt lebensprühende Kraft, nimmerrastendes Schaffen herrscht in Deutschlands rings umdrohtem Lager!

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

In den ersten Jahren seiner Regierung galt das Interesse Kaiser Wilhelms II. fast ausschließlich der innern Politik. Es wollte die soziale Frage lösen. Aber die soziale Entwicklung eines Volks zählt nicht nach Tagen, sondern nach Menschenaltern. Feurige Charaktere erleben in der innern Politik sehr bald Enttäuschungen. Es ging dem vorwärts drängenden Monarchen nicht anders. Seine Kundgebungen zur innern Politik wurden im Laufe der Zeit immer seltner. Der Kaiser wandte sich einem dankbarern Felde zu, er stellte seine begeisterte Initiative in den Dienst der auswärtigen Politik. In dem abwechslungsreichen Gebiet der Weltpolitik ist Raum für kraftvolle, schnellentschlossene Persönlichkeiten. Die Depeschen fliegen schnell und wirken schnell. That und Wirkung liegen dichter beisammen als in der innern Politik, und die Wirkung ist klarer. Die Leitung der auswärtigen Politik war eine Thätigkeit, die dem Charakter Wilhelms II. entsprach. Er hat sie mit glühendem Eifer aufgenommen, und es hat ihm an Erfolgen nicht gefehlt.

Die kurze Zeit der Ära Caprivi fiel zusammen mit der Zeit, wo die Gedanken unsers Kaisers gänzlich an die innere Politik gebunden waren. Was heute bei dem lebhaften Interesse des Monarchen für überseeische Dinge fast wie ein Rätsel erscheint, konnte damals geschehn: die Kolonialpolitik, die unter Bismarck noch wenigstens ein Auge offen hielt, schlief unter Caprivi gänzlich ein. Es war ein Bismarckischer Grundsatz: **Nunquam retrorsum.** Er hat ihn auch nach der Seite hin befolgt, daß er begangne Fehler nie eingestand. Das war politisch klug, weil ein Eingeständnis der Schwäche die Autorität mindert. Bismarck hat jedenfalls sehr bald erkannt, daß er sich in der Wirkung des Steinchens, das er 1884 ins Rollen gebracht hatte, verkannt habe, das Steinchen verursachte die Lawine der Weltpolitik, die schon in ihren Anfangsstadien über Teile der Bismarckischen auswärtigen Politik hinwegrollte und sie erdrückte. Die kleinen Plänkeleien mit England waren nicht immer glücklich für den eisernen Kanzler abgelaufen, man konnte einen Staat nicht mehr nonchalant behandeln, der sich an deutschen Werten ungestraft schadlos halten konnte. Der Altreichskanzler hat nun weder die Kolonialpolitik fallen lassen, noch sie mit kraftvoller Hand vorwärts gebracht, wie er das mit Angelegenheiten zu thun verstand, die ihm sympathisch waren. Er gab dem Grundsatz des **Laissez faire** Raum, dem das **Après nous le déluge** notwendig folgen mußte, wenn der Nachfolger nicht ein Kolonialeiferer war, der um jeden Preis die Versäumnis einzuholen bestrebt war. Auf den Grafen Caprivi sind denn auch die Folgen hereingebrochen. „Er war zu begabt, so sagte mir einst ein Diplomat, der mit ihm gearbeitet hatte, er faßte die Dinge so schnell auf, daß er wirklich glaubte, er hätte sie begriffen, und so kam es, daß er nie die ihm vorgetragnen Dinge ernstlich in sich verarbeitete." So mag es wohl gekommen sein, daß die damals recht verbreitete Mißstimmung und Übersättigung an kolonialen Dingen, die durch gelegentliche abfällige Bemerkungen Bismarcks noch verstärkt wurde, in Caprivi die oberflächliche Anschauung geschaffen hatte, die Kolonien seien ein unnützer Ballast. Er möchte Afrika nicht geschenkt

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

nehmen, sagte Graf Caprivi und handelte danach: Bismarck hat dasselbe gedacht, aber nicht offenkundig danach gehandelt. Der zweite Kanzler scheute sich daher auch nicht, die unglücklichen kolonialpolitischen Zustände, die sich unter Bismarck hatten einstellen können, schriftlich und gesetzlich festzulegen, anstatt sie zu beseitigen. Er erkannte die Preisgabe Sansibars urkundlich an und gab voreilig Witu auf. Er legte um die Kolonien Zäune, über die wir nicht mehr weg können. Aus allen seinen kolonialpolitischen Maßnahmen geht das Bestreben hervor, die Differenzen mit England, die schon Bismarcks Politik bedroht hatten, aus der Welt zu schaffen, weil er den Wert der Kolonien für zu gering hielt, als daß er durch sie die Festlandspolitik erschweren lassen sollte, kurz, Caprivi war in der überseeischen Politik der extreme Bismarck — aber ohne diplomatische Hülle. Wie groß auch die Verdienste Caprivis um Handel und Industrie sind, denen er durch seine Handelsverträge ein weitschauendes sicheres Arbeiten ermöglichte, für die Kolonialpolitik und das größere Deutschland war er ein Unglück.

Polnische Politik

2. Russen und Polen

Sehen wir uns nun an der Hand des im vorigen Abschnitt genannten Buchs die Erfolge an, die Rußland seinen Polen gegenüber in der Verrussung erzielt hat. Denn wie oft man aus russischem Munde auch schon gehört hat, man beabsichtige gar nicht, die Polen zu Russen zu machen, so ist es dennoch thatsächlich das erstrebte Ziel. Oder was hieße es denn sonst, wenn der Verfasser erklärt, es handle sich bloß um eine Ausrottung der polnischen Besonderheiten, die die Polen von Rußland scheiden (S. 16)? Wenn das gelänge, was bliebe denn da noch polnisch am Polen außer etwa eine besondre Barttracht und ein andres Temperament? Alles besondre am Polen ist eben das Polnische, das ihn vom Russen wie vom Deutschen scheidet, und das er sich nicht nehmen zu lassen entschlossen ist.

Der Verfasser weist die russischen Stimmen zurück, die die russische Aufgabe in Polen-Litauen für gelöst, die russische Herrschaft für genügend befestigt halten, um sich nun ganz der großen Sache im Osten zu widmen. Er hält die Aufgabe keineswegs für gelöst; und wenn er sie so faßt, wie ich es oben angedeutet habe, dann freilich scheint mir, daß sie noch vom A an bis zum Z ungelöst ist. Denn der Pole ist dort so polnisch geblieben und so verschieden und geschieden von den Russen, wie er es jemals war. Posen ist weit mehr

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG